

Grundordnung der Hochschule der Deutschen Bundesbank

(Beschluss des Vorstands der Deutschen Bundesbank vom 08.02.2011, zuletzt geändert durch Beschluss des Senats der Hochschule der Deutschen Bundesbank vom 19.09.2024 und Genehmigung des Vorstands der Deutschen Bundesbank vom 12.11.2024*)

§ 1 Rechtsform und Trägerschaft

(1) Die Hochschule ist eine staatlich anerkannte private Fachhochschule in freier Trägerschaft mit dem Recht der Selbstverwaltung (im Folgenden: Hochschule). Die Hochschule trägt den Namen „Hochschule der Deutschen Bundesbank“.

(2) Träger der Hochschule ist die Deutsche Bundesbank. Die Hochschule ist eine nicht-rechtsfähige Körperschaft und zugleich eine rechtlich unselbständige Einrichtung der Deutschen Bundesbank. Die Hochschule regelt ihre Angelegenheiten in einer Grundordnung, die der Genehmigung durch die Deutsche Bundesbank bedarf.

(3) Die Deutsche Bundesbank unterhält und fördert die Hochschule gemäß dem von ihrem Vorstand gefassten Beschluss über die Trägerschaft der Hochschule. Die Deutsche Bundesbank ist Dienstherr oder Arbeitgeber der in der Hochschule Beschäftigten.

§ 2 Aufgaben der Hochschule

(1) Die Hochschule dient als Fachhochschule den angewandten Wissenschaften durch Lehre, Studium, Weiterbildung und Forschung. Sie vermittelt durch anwendungsbezogene Lehre akademische Qualifikationen und Kompetenzen, die in den Aufgabenfeldern der Deutschen Bundesbank zur selbstständigen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in der Berufspraxis von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden befähigen. Die anwendungsbezogene Forschung ist vorrangig auf die Aufgabenfelder der Deutschen Bundesbank, die didaktisch-methodische Forschung auf die Unterstützung der Bildungsaktivitäten in der Deutschen Bundesbank auszurichten.

(2) Die Hochschule stellt sicher, dass die Grundrechte ihrer Mitglieder in der Freiheit von Wissenschaft, Lehre und Forschung in dem Umfang gewahrt werden, wie sie durch Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes und § 3 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz geschützt sind.

(3) Das Lehrangebot wird durch ein duales Studium im Rahmen des Bachelor-Studienganges „Zentralbankwesen/Central Banking“ gemäß der Verordnung der Deutschen Bundes-

* Inkrafttreten der Änderungen vom 19.09.2024 / 12.11.2024 am 19.11.2024

bank über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Bankdienst der Deutschen Bundesbank (GBankDVDV) organisiert. Das Angebot der Hochschule an Studiengängen kann mit Genehmigung der Deutschen Bundesbank erweitert werden.

§ 3 Mitglieder

(1) Mitglieder der Hochschule sind

1. die Rektorin oder der Rektor,
2. die hauptamtlichen Lehrkräfte,
3. die Studierenden,
4. die sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Studienbereichs der Hochschule.

(2) Die Mitglieder wirken im Rahmen der Grundordnung an der Selbstverwaltung der Hochschule mit. Ihre Zugehörigkeit zur Hochschule lässt ihre dienstrechtliche Stellung unberührt.

(3) Nebenamtliche Lehrkräfte und Praxistutorinnen und Praxistutoren sind Angehörige der Hochschule. Ihnen ist Gelegenheit zu geben, an der Organisation und der Ausgestaltung der Lehre mitzuwirken.

§ 4 Organe

Organe der Hochschule sind

1. der Senat,
2. die Rektorin oder der Rektor.

§ 5 Senat

(1) Dem Senat gehören an

1. die Rektorin oder der Rektor,
2. vier gewählte Vertreterinnen oder Vertreter der hauptamtlichen Lehrkräfte,
3. zwei gewählte Vertreterinnen oder Vertreter der Studierenden,
4. eine gewählte Vertreterin oder ein Vertreter der sonstigen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Studienbereichs der Hochschule.

Die Wahl erfolgt jeweils innerhalb der Gruppe, der die zu wählenden Senatsmitglieder angehören. Für jedes Senatsmitglied ist eine Vertreterin oder ein Vertreter zu wählen.

(2) Die Amtszeit der Senatsmitglieder gemäß Absatz 1 Nrn. 2 und 4 beträgt drei Jahre, die der studentischen Senatsmitglieder ein Jahr.

(3) Die Rektorin oder der Rektor leitet die Sitzungen des Senats. Sie oder er besitzt kein Stimmrecht.

(4) Die stellvertretende Rektorin oder der stellvertretende Rektor nimmt an den Sitzungen teil, sofern sie oder er nicht als Mitglied gemäß Absatz 1 Nr. 2 gewählt ist.

(5) Der Senat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zur nächsten Sitzung des Senats aufgeschoben werden kann, entscheidet die Rektorin oder der Rektor und zeigt die Art der Erledigung und die Gründe hierfür unverzüglich dem Senat an.

§ 6 Aufgaben des Senats

(1) Der Senat

1. beschließt

- a) die Grundordnung,
- b) die Einführung oder die Aufhebung von Studiengängen,
- c) ob und wie viele Studienplätze für andere Institutionen bereitgestellt werden,
- d) die Ordnung über die Forschung,
- e) die Studienpläne,
- f) die übrigen Ordnungen der Hochschule, insbesondere ein Qualitätssicherungskonzept einschließlich einer Evaluationsordnung, die Wahlordnung und die Entwicklungsplanung,
- g) die Vorschlagsliste für die Bestellung der Rektorin oder des Rektors nach § 7 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 3,
- h) im Einvernehmen mit der Rektorin oder dem Rektor die Vorschlagsliste für die Bestellung der stellvertretenden Rektorin oder des stellvertretenden Rektors nach § 9 Abs. 1 Satz 1 oder Satz 3,
- i) die Vorschlagsliste für die Bestellung von hauptamtlichen Lehrkräften nach § 12 Abs. 4 Satz 1 oder Satz 3,
- j) die Vorschläge zur Erteilung von Lehraufträgen durch die Rektorin oder den Rektor,

2. nimmt Stellung zu

- a) allen Angelegenheiten von Lehre, Studium, Weiterbildung und Forschung mit grundsätzlicher Bedeutung,
- b) einer Wiederbestellung der Rektorin oder des Rektors nach § 7 Abs. 4,
- c) einer Wiederbestellung der Stellvertretenden Rektorin oder des Stellvertretenden Rektors nach § 9 Abs. 3,
- d) dem Entwurf der Rektorin oder des Rektors für die Plankostenrechnung einschließlich der Personalausstattung,
- e) Änderungen der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Bankdienst der Deutschen Bundesbank (GBankDVDV),

3. erörtert den Jahresbericht der Rektorin oder des Rektors.

(2) Die Beschlüsse zu Absatz 1 Nr. 1 Buchst. a) bis d) bedürfen vor ihrer Ausführung der Genehmigung durch die Deutsche Bundesbank. Entsprechendes gilt für grundlegende Änderungen der Studienpläne nach Absatz 1 Nr. 1 Buchst. e).

(3) Der Senat hat ein umfassendes Informationsrecht. Die Rektorin oder der Rektor ist in allen Angelegenheiten nach Absatz 1 Nr. 2 Buchst. a) dem Senat rechenschaftspflichtig.

§ 7 Bestellung der Rektorin oder des Rektors

(1) Zur Rektorin oder zum Rektor kann bestellt werden, wer

- 1. eine abgeschlossene Hochschulbildung besitzt,
- 2. die Befähigung für den höheren Bankdienst erworben hat und
- 3. auf Grund einer einschlägigen mehrjährigen verantwortlichen beruflichen Tätigkeit erwarten lässt, dass sie oder er den Aufgaben des Amtes gewachsen ist.

Die Deutsche Bundesbank kann von Absatz 1 Nr. 2 Ausnahmen zulassen.

(2) Die Rektorin oder der Rektor wird auf Grundlage einer vom Senat nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. g) beschlossenen Vorschlagsliste von der Deutschen Bundesbank für sechs Jahre bestellt. Bei der Bestellung kann aufgrund des Leistungsgrundsatzes (Art. 33 Abs. 2 GG) von der Reihenfolge der Vorschlagsliste abgewichen werden. Kommt es aufgrund der Vorschlagsliste nicht zu einer Bestellung, ist eine neue Vorschlagsliste vorzulegen. Wird in angemessener Frist und nach gegebenenfalls erneuter Ausschreibung keine neue Vorschlagsliste vorgelegt oder kommt es aufgrund der Vorschlagsliste nicht zu einer Bestellung, wird die Rektorin oder der Rektor von der Deutschen Bundesbank nach Anhörung des Senats bestellt.

(3) Die Vorschlagsliste wird auf der Basis von Bewerbungen, die aufgrund einer von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Ausschreibung eingehen, erstellt. Sie muss mindestens drei Personen umfassen, wenn nicht weniger als drei Bewerbungen vorliegen.

(4) Die Wiederbestellung durch die Deutsche Bundesbank ist möglich. Zu einer Wiederbestellung nimmt der Senat Stellung.

(5) Die allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt.

§ 8 Aufgaben der Rektorin oder des Rektors

(1) Die Rektorin oder der Rektor leitet die Hochschule hauptberuflich in eigener Verantwortung und vertritt sie nach außen. Sie oder er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch diese Grundordnung dem Senat zugewiesen sind. Insbesondere ist sie oder er zuständig für

1. das Qualitätsmanagement insbesondere des Studienangebots,
2. die Vorbereitung der Sitzungen des Senats und für die Ausführung von dessen Beschlüssen,
3. die Bestellung der nebenamtlichen Lehrkräfte und die Vergabe der Lehraufträge im Einvernehmen mit der oder dem jeweiligen Dienstvorgesetzten,
4. die Erstellung
 - a) des Jahresberichts, der nach Erörterung im Senat an die Deutsche Bundesbank und das fachlich zuständige Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz weitergeleitet wird,
 - b) des Entwurfs der Plankostenrechnung einschließlich der Personalausstattung,
5. die Ordnung innerhalb der Hochschule und die Wahrnehmung des Hausrechts.

(2) Die Rektorin oder der Rektor ist Dienstvorgesetzte und Vorgesetzte oder Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter aller in der Hochschule Beschäftigten. Sie oder er ist Vorgesetzte oder Vorgesetzter der Studierenden während der Fachstudien und der nebenamtlichen Lehrkräfte während der Lehrtätigkeit an der Hochschule.

§ 9 Stellvertretende Rektorin oder stellvertretender Rektor

(1) Die stellvertretende Rektorin oder der stellvertretende Rektor wird aus dem Kreis der hauptamtlichen Lehrkräfte auf Grundlage einer vom Senat nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. h) im Einvernehmen mit der Rektorin oder dem Rektor beschlossenen Vorschlagsliste von der Deutschen Bundesbank für die Dauer von sechs Jahren bestellt. Bei der Bestellung kann aufgrund des Leistungsgrundsatzes (Art. 33 Abs. 2 GG) von der Reihenfolge der Vorschlagsliste abgewichen werden. Kommt es aufgrund der Vorschlagsliste nicht zu einer Bestellung,

ist eine neue Vorschlagsliste vorzulegen. Wird in angemessener Frist und nach gegebenenfalls erneuter Ausschreibung keine neue Vorschlagsliste vorgelegt oder kommt es aufgrund der Vorschlagsliste nicht zu einer Bestellung, wird die stellvertretende Rektorin oder der stellvertretende Rektor von der Deutschen Bundesbank nach Anhörung des Senats bestellt.

(2) Die Vorschlagsliste wird auf der Basis von Bewerbungen, die aufgrund einer internen Ausschreibung der Deutschen Bundesbank eingehen, erstellt. Sie muss mindestens drei Personen umfassen, wenn nicht weniger als drei Bewerbungen vorliegen.

(3) Die Wiederbestellung durch die Deutsche Bundesbank ist möglich. Zu einer Wiederbestellung nehmen der Rektor oder die Rektorin sowie der Senat Stellung.

(4) Die allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt.

(5) Die Funktion einer stellvertretenden Rektorin oder eines stellvertretenden Rektors wird als Selbstverwaltungsaufgabe im Rahmen des Amtes einer hauptamtlichen Lehrkraft wahrgenommen. Die stellvertretende Rektorin oder der stellvertretende Rektor ist von den Aufgaben ihres oder seines Hauptamtes angemessen zu entlasten.

(6) Die stellvertretende Rektorin oder der stellvertretende Rektor unterstützt die Rektorin oder den Rektor bei der Wahrnehmung ihrer oder seiner Aufgaben und vertritt sie oder ihn im Verhinderungsfall.

§ 10 Praxisrat

(1) Dem Praxisrat gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

1. das für die Hochschule zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank (Vorsitz),
2. die Leiterin oder der Leiter des Zentralbereichs Personal der Deutschen Bundesbank,
3. die Zentraltutorin oder der Zentraltutor der Deutschen Bundesbank,
4. bis zu drei weitere Vertreterinnen oder Vertreter von Zentralbereichen der Deutschen Bundesbank,
5. bis zu zwei Präsidentinnen oder Präsidenten von Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank,
6. eine Leiterin oder ein Leiter einer Filiale der Deutschen Bundesbank,
7. bis zu zwei weitere Vertreterinnen oder Vertreter anderer Institutionen, die Studierende an die Hochschule entsenden.

(2) Die Rektorin oder der Rektor und die stellvertretende Rektorin oder der stellvertretende Rektor sind beratende Mitglieder und können Anträge stellen.

(3) Die Mitglieder nach Absatz 1 Nr. 4 bis 7 werden vom Vorstand der Deutschen Bundesbank für die Dauer von vier Jahren bestellt.

(4) Die Mitgliedschaft im Praxisrat erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt.

(5) Der Praxisrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 11 Aufgaben des Praxisrats

(1) Der Praxisrat berät sowohl die Hochschule wie die Deutsche Bundesbank in allen Angelegenheiten, welche den Praxisbezug des Studiums und die Koordination zwischen Hochschule und der Deutschen Bundesbank und anderen Institutionen als Dienstherr und Arbeitgeber betreffen.

(2) Der Praxisrat hat ein Auskunftsrecht gegenüber der Rektorin oder dem Rektor, insbesondere zu vorgesehenen Änderungen der Grundordnung, des Studienplans, der Evaluationsordnung sowie zur Einführung weiterer Studiengänge.

§ 12 Lehrkräfte

(1) Die Lehraufgaben der Hochschule werden von hauptamtlichen oder nebenamtlichen Lehrkräften wahrgenommen. Das Lehrangebot wird überwiegend von hauptamtlichen Lehrkräften erbracht. Eine hauptamtliche Tätigkeit liegt vor, wenn mindestens die Hälfte des von der Deutschen Bundesbank festgesetzten Regel-Lehrdeputats erfüllt wird.

(2) Hauptamtliche Lehrkraft kann sein, wer die Voraussetzungen des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz für hauptberuflich Lehrende an den Hochschulen in freier Trägerschaft erfüllt. Die Deutsche Bundesbank kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz im Einzelfall Ausnahmen zulassen. Die hauptamtlichen Lehrkräfte nehmen die ihrer Hochschule obliegenden Aufgaben in Wissenschaft, Lehre und Weiterbildung in ihren Fächern nach näherer Ausgestaltung ihrer Dienst- oder Arbeitsverhältnisse und der Funktionsbeschreibungen ihrer Stellen selbstständig wahr.

(3) Den hauptamtlichen Lehrkräften kann nach Maßgabe von § 120 Absatz 2 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz für die Dauer der Zugehörigkeit zur Hochschule die Führung der Berufsbezeichnung einer Professorin oder eines Professors gestattet werden.

(4) Die hauptamtlichen Lehrkräfte werden auf Grundlage einer vom Senat nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. i) beschlossenen Vorschlagsliste von der Deutschen Bundesbank bestellt. Bei der Bestellung kann aufgrund des Leistungsgrundsatzes (Art. 33 Abs. 2 GG) von der Reihenfolge der Vorschlagsliste abgewichen werden. Kommt es aufgrund der Vorschlagsliste nicht zu einer Bestellung, ist eine neue Vorschlagsliste vorzulegen. Wird in angemessener Frist keine neue Vorschlagsliste vorgelegt oder kommt es aufgrund der Vorschlagsliste und gegebenenfalls erneuter Ausschreibung nicht zu einer Bestellung, werden die hauptamtlichen Lehrkräfte von der Deutschen Bundesbank nach Anhörung des Senats bestellt.

(5) Die Vorschlagsliste nach Absatz 4 wird auf der Basis von Bewerbungen, die aufgrund einer von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Ausschreibung eingehen, erstellt. Sie muss mindestens drei Personen umfassen, wenn nicht weniger als drei Bewerbungen vorliegen.

(6) Nebenamtliche Lehrkraft kann sein, wer

1. die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt oder
2. die Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes bei der Deutschen Bundesbank, eine besondere Befähigung zu wissenschaftlich-methodischer Arbeit, eine den Aufgaben der Hochschule entsprechende Berufserfahrung sowie die erforderlichen pädagogischen Fähigkeiten besitzt oder
3. die Lehrbefähigung zur Vermittlung fachberuflicher Ausbildungsinhalte durch hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Fähigkeiten erworben hat.

§ 13 Studierendenschaft

(1) Die Studierenden können während der Zeit der Fachstudien zur Wahrnehmung ihrer persönlichen und sozialen Anliegen sowie zur Förderung ihrer kulturellen und sportlichen Interessen eine Studierendenschaft bilden, sofern sich mindestens die Hälfte der Studierenden dafür entscheidet.

(2) Die Studierendenschaft gibt sich eine Satzung, die in einer Vollversammlung der Studierenden zu beschließen ist. Diese ist nur beschlussfähig, wenn an ihr mindestens die Hälfte der Studierenden teilnimmt. Die Satzung hat Regelungen über die Einberufung und die Beschlussfähigkeit von Vollversammlungen und über die Vertretung der Studierendenschaft gegenüber der Hochschule durch gewählte Sprecherinnen oder Sprecher zu enthalten.

(3) Die Satzung bedarf der Genehmigung der Rektorin oder des Rektors.

(4) Die Studierendenschaft untersteht der Rechtsaufsicht der Rektorin oder des Rektors.

§ 14 Aufsicht

(1) Die Deutsche Bundesbank übt die Aufsicht über die Hochschule aus. Im Bereich von Forschung und Lehre ist die Aufsicht auf die Rechtsaufsicht beschränkt.

(2) Die Rechtsaufsicht des fachlich zuständigen Ministeriums des Landes Rheinland-Pfalz über die Hochschule bleibt unberührt.

§ 15 Zugang und Zulassung

(1) Der Zugang und die Zulassung der Studierenden der Deutschen Bundesbank zur Hochschule erfolgt auf der Grundlage der Regelungen über das Auswahlverfahren in der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Bankdienst der Deutschen Bundesbank (GBankDVDV).

(2) Die Hochschule kann mit Zustimmung der Deutschen Bundesbank auch Studienbewerberinnen und Studienbewerber anderer Institutionen zulassen, wenn diese mindestens die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz für Studierende an Fachhochschulen erfüllen.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Grundordnung tritt am 1. April 2011 in Kraft.²

² § 16 Satz 2: Vorschrift über das Außerkrafttreten der Satzung der Fachhochschule der Deutschen Bundesbank vom 28. Juni 1978.